Author's Version

of:

Stahl, Titus: "Privatheitsrechte und politische Öffentlichkeit." In
Behrendt, H., Loh, W., Matzner, T., Misselhorn, C. (eds.),
*Privatsphäre 4.0. Eine Neuverortung des Privaten im Zeitalter der
Digitalisierung*, 2019, 123-139. Stuttgart: Metzler.
https://doi.org/10.1007/978-3-476-04860-8_8

Privatheitsrechte und politische Öffentlichkeit

Titus Stahl

1. Einleitung

In der philosophischen Debatte um das Recht auf Privatheit (*privacy*) wurde dieses Recht lange Zeit beinahe ausschließlich so verstanden, dass es das Individuum und seinen Bereich persönlicher Lebensgestaltung vor dem Zugriff des Staates oder anderer Akteure schützt. Dies lässt sich leicht an den immer wieder herbeizitierten Beispielen sehen: Die paradigmatischen Verletzungen der Privatheit werden durch den totalitären Staat und durch den *peeping tom* begangen, die beide in das Innerste der bürgerlichen Familie, nämlich das eigene Heim und die Sphäre emotionaler Intimität eindringen und dort Wissen über Dinge erlangen, die das Opfer dieses Eingriffs legitimerweise geheim halten wollte. Aus dieser Perspektive ist das Recht auf Privatheit vor allem ein *Rückzugsrecht* (Westin 1970, 7), das das Individuum vor der Gesellschaft und ihren Institutionen schützt, so wie es sich in der mittlerweile etwas abgedroschenen Floskel vom Recht „alleine gelassen zu werden“ ausdrückt (Warren und Brandeis 1890).

In der öffentlichen Debatte um Überwachung und ihre Begrenzung durch Privatheitsrechte findet sich diese Perspektive in der Intuition wieder, dass dem Individuum eine Sphäre des unbeobachteten Lebens zugestanden werden muss, in der es sich frei von den Blicken anderer bewegen kann. In der gleichen Debatte findet sich aber auch noch eine zweite Intuition bezüglich der Gefahren, die eine total überwachte Gesellschaft mit sich bringt: Dies ist die Intuition, dass Überwachung nicht nur das individuelle Privatleben, sondern auch das demokratische Zusammenleben gefährdet.

Beide Intuitionen lassen sich natürlich dadurch zusammenschließen, dass man die Möglichkeit des privaten Unbeobachtetseins als Voraussetzung privater Autonomie und diese wiederum als Voraussetzung demokratischer Partizipation ansieht. Nach diesem Argument gefährdet der ausufernde Gebrauch von Überwachungstechnologien durch Staat und Wirtschaft die demokratische Öffentlichkeit *indirekt*, indem er den Individuen die Möglichkeit zur Entwicklung von Autonomie nimmt, bevor diese überhaupt in die Öffentlichkeit treten können.

Diese Interpretation greift jedoch zu kurz: Das Unbehagen bei der Vorstellung einer Dystopie allumfassender Überwachung verschwindet nämlich nicht, wenn angenommen wird, dass in einer solchen Gesellschaft für jedes Individuum ein

privater Rückzugsraum ausgespart bleibt. Schon die Vorstellung einer vollständig überwachten Öffentlichkeit selbst ruft die Befürchtung hervor, dass in diesem Fall demokratische Selbstbestimmung unmöglich werden könnte.

Auch wenn es sich dabei nur um eine Intuition handelt, legt sie doch zumindest die Hypothese nahe, dass wir den Wert von Privatheitsrechten nicht zureichend erfassen können, wenn wir davon ausgehen, dass sie nur das private Leben von Individuen schützen; Privatheitsrechte müssen, so die Idee, auch im öffentlichen Raum gelten, und insbesondere die Handlungsweisen schützen, durch die der oder die Einzelne am demokratischen Prozess teilnehmen kann. Nur mit dieser Hypothese kann zudem der irreführende Verdacht vermieden werden, dass Privatheitsrechte in einem Widerspruch zu demokratischer Transparenz oder Redefreiheit stehen (Mokrosinska 2017, 118; Solove 2008, 89).

Die Hypothese vom demokratischen Wert von Privatheitsrechten will ich im Folgenden in vier Schritten untersuchen. Zuerst (Abschnitt 2) werde ich kurz bisherige Versuche zusammenfassen, den politischen Wert von Privatheitsrechten dadurch zu verstehen, indem ihre Schutzfunktion für die Freiheit des oder der Einzelnen betont wird. Dann (Abschnitt 3) werde ich bestehende Ansätze genauer in den Blick nehmen, die annehmen, dass Privatheitsrechte auch einen davon unabhängigen politischen Wert haben. Wie sich erweisen wird, gehen alle besprochenen Argumente jedoch noch stets von der Prämisse aus, dass auch dieser politische Wert durch den Schutz vermittelt ist, den Privatheit individueller Unabhängigkeit gewährt. Als Alternative zu diesen Argumenten werde ich die These entwickeln, dass Privatheitsrechte nicht nur die Teilnahmemöglichkeit von Individuen an der politischen Öffentlichkeit, sondern auch die Integrität dieser Öffentlichkeit selbst schützen. Zunächst werde ich dazu die Idee „kontextueller Integrität“ diskutieren, die von Helen Nissenbaum entwickelt wurde (Abschnitt 4), um darauf aufbauend anhand von Jürgen Habermas' Theorie der Öffentlichkeit drei Argumente dafür zu präsentieren, dass Privatheitsrechte direkt die Grundstruktur demokratischer Öffentlichkeit absichern, indem sie epistemische Ungleichgewichte vermeiden, kollektive Selbstbestimmung von Interessengruppen ermöglichen und die Verständnisorientierung der Teilnehmer_innen gegen die Kolonisierung durch strategische Handlungsimperative schützen.

Alle drei Argumente führen zu dem gleichen Schluss: Der Wert von Privatheitsrechten für die Demokratie besteht nicht nur in ihrem Schutz der individuellen Autonomie von Bürger_innen, sondern auch in ihrer Absicherung der kollektiven Selbstbestimmung.

2. Individuelle Freiheit und der politische Wert des Privaten

In der klassischen liberalen Debatte um den Wert von Privatheitsrechten werden diese Rechte weitgehend durch ihren Beitrag zum Schutz individueller Freiheit bestimmt. Dieses Argument kann verschiedene Formen annehmen: Erstens können Privatheitsrechte unter Verweis darauf gerechtfertigt werden, dass sie die negative Handlungsfreiheit des Individuums gegen Eingriffe schützen, indem sie anderen Informationen unzugänglich halten, die solche Eingriffe ermöglichen (de Bruin 2010).

Zweitens – und dies ist in der Literatur der dominante Ansatz – kann der Schutz der individuellen Autonomie, d. h. Selbstbestimmung als zentraler Wert bestimmt werden, der durch Privatheitsrechte realisiert wird. Wurde anfänglich Autonomie von vielen Beiträgen noch stark individualistisch so verstanden, dass sie Schutz vor sozialen Ansprüchen benötigt (Fried 1968; Benn 1984), hat sich der Fokus der Debatte in letzter Zeit zu intersubjektiven Ansätzen von Autonomie verschoben, die keine prinzipielle Spannung zwischen individueller Freiheit und sozialen Beziehungen mehr postulieren (Rössler 2004; Cohen 2013), sondern das Selbst als durch soziale Beziehungen konstituiert analysieren. Wenn in diesem Kontext angenommen wird, dass Privatheitsrechte auch soziale Beziehungen der Intimität (Inness 1996) oder die Möglichkeit unterschiedlicher Beziehungen überhaupt schützen (Rachels 1975), kann der Geltungsbereich dieser Rechte damit auf die subjektkonstitutiven Beziehungen ausgeweitet werden.

Eine dritte Möglichkeit, die Verbindung zwischen Privatheitsrechten und individueller Freiheit zu begreifen, stellen zeitgenössische neorepublikanische Ansätze zur Verfügung, die Privatheitsrechte so interpretieren, dass sie Individuen vor informationsbasierter Beherrschung schützen, indem sie durch die Verunmöglichung von Überwachung die Macht von Institutionen begrenzen, in individuelle Entscheidungen einzugreifen (Roberts 2014).

Aus allen drei Perspektiven kann Privatheitsrechten auch indirekt ein politischer Wert zugesprochen werden: Die negative Freiheit des Individuums schützt dieses auch vor negativen Konsequenzen seines politischen oder öffentlichen Handelns; private Autonomie ist eine Voraussetzung politischen Engagement; und Freiheit von Beherrschung ist die Basis, auf der Bürger_innen Gegenmacht gegen die Institutionen des Staates und der Wirtschaft aufbauen können. Privatheitsrechte sind aus dieser Perspektive eine notwendige Basis politischer Freiheit.

In zwei Hinsichten bleibt die Verbindung zwischen dem Wert von Privatheitsrechten und politischer Freiheit jedoch zufällig. Erstens ist der Wert des Privaten ganz offensichtlich nicht an den Wert politischer Freiheit gebunden. Der

Wert dessen, was Privatheitsrechte direkt schützen, also der Wert der Freiheit, selbst zwischen Handlungsoptionen wählen zu können oder nicht der Beherrschung von anderen unterworfen zu sein, ist unabhängig davon verständlich, dass diese wertvollen Güter auch politisch genutzt werden können.

Zweitens stehen auch in dieser Perspektive individuelle Selbstbestimmung (und damit Privatheit) und kollektive Freiheit in einem potenziellen Konkurrenzverhältnis: Individuelle Freiheit und kollektive Selbstbestimmung können dann in Konflikt geraten, wenn die Privatheitsrechte des Individuums den Praktiken der kollektiven Selbstbestimmung Grenzen setzen und umgekehrt. Auch wenn ein solches Konkurrenzverhältnis sicher in manchen Fällen tatsächlich besteht, dient es der Diskussion um Privatheitsrechte nicht, wenn man deren Funktion im Konfliktfall alleine auf der Seite individueller Freiheit lokalisiert und nicht danach fragt, ob sie auch einen Beitrag zu kollektiver Selbstbestimmung leisten.

3. Privatheit als Bestandteil demokratischer Freiheit.

Teils als Reaktion auf die Kritik an rein individualistisch orientierten Theorien, teils als Ergänzung zu solchen Theorien wurde in der Debatte um den Wert des Privaten in den letzten Jahrzehnten vermehrt die Frage gestellt, ob Privatheit neben einem Wert für die jeweils einzelnen Individuen auch einen *sozialen* Wert und – spezifischer – einen *politischen* Wert hat. Der bekannteste Beitrag zu dieser Debatte stammt von Priscilla Regan, die eine Reihe systematischer Argumente für die Idee entwickelt hat, dass Privatheit nicht nur ein individuelles Gut ist, sondern ein Gemeingut (*common good*). Die rein privatistische Definition des Privaten führt ihrer Ansicht nach systematisch dazu, dass angeblich rein individuelle Interessen an Privatheit in der legislativen Debatte kollektiven Interessen (etwa an Sicherheit oder sozialer Gerechtigkeit) untergeordnet werden.

Dies kann nur vermieden werden, wenn gezeigt werden kann, dass Privatheit, erstens, ein *gemeinsamer Wert* in dem Sinne ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein gleich ausgerichtetes Interesse an Privatheit miteinander teilen (Regan 1995, 221). Zweitens hat Privatheit einen *öffentlichen Wert*. Als Evidenz dafür zieht Regan einerseits Entscheidungen des amerikanischen Verfassungsgerichts heran, die Privatheitsrechte als Voraussetzung für freie Meinungsäußerung behandeln, und ihnen damit einen Wert für die Demokratie zusprechen, andererseits Hannah Arendts Argument, dass nur dann Gemeinschaft entstehen kann, wenn Pluralismus besteht, der sich zugleich im Bestehen eines nicht-öffentlichen privaten Raums äußern muss (Regan 1995, 226). Schließlich hat Privatheit auch einen *kollektiven*

Wert, da Privatheit ein nicht-ausschließbares und unteilbares Gut ist, das daher zwangsläufig kollektiv abgesichert und hergestellt werden muss.

Alle drei Argumente weisen tatsächlich auf Schwächen individualistischer Konzeptionen von Privatheitsrechten hin, die letztere in die Nähe von Eigentumsrechten rücken. Sie sind jedoch alleine nicht hinreichend, um zu zeigen, dass Privatheit einen mehr als instrumentellen Wert für politische Selbstbestimmung hat. Dies kann durch den Vergleich mit einem Gut wie z.B. Gesundheit gezeigt werden: Gesundheit ist sicher im gleichen Maße wie Privatheit ein geteilter Wert, Gesundheit ist eine Voraussetzung politischer Teilhabe und schließlich sind Umweltbedingungen, die ein gesundes Leben erlauben, zumindest zum Teil ein nicht-ausschließbares und unteilbares Gut. Daraus folgt jedoch klarerweise nicht, dass der Wert der Gesundheit in dem Sinne einen kollektiven Charakter hat, dass er also über den instrumentellen Beitrag, den Gesundheit zu individueller Freiheit und damit zu kollektiver politischer Freiheit liefert, hinausgeht. Im gleichen Sinne scheint auch bei Regan der politische oder soziale Wert des Privaten immer noch durch den Beitrag von Privatheitsrechten zu individueller Freiheit vermittelt zu sein.

Dies bedeutet keineswegs, dass sich auf diese Weise keine Verbindung zwischen Privatheitsrechten und politischen Rechten herstellen lässt. Nach Regan haben Theoretiker_innen wie Annabelle Lever den Zusammenhang zwischen Privatheitsrechten und politischen Rechten auf eine Weise erläutert, die sich am besten als eine Erweiterung als eines Arguments von Jürgen Habermas verstehen lässt. Habermas vertritt bekanntlich die These, dass individuelle Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte in dem Sinne „gleichursprünglich“ sind, dass die Geltung des Systems individueller Rechte nur durch seine demokratische Legitimierung erklären lässt, demokratische Legitimationsprozesse jedoch bereits rechtlich abgesicherte individuelle Freiheit voraussetzen (Habermas 1994, 161–62). Während Habermas aber Privatheitsrechte nur beiläufig diskutiert, schreibt Lever ihnen eine entscheidende Rolle in dieser Beziehung zu:

„But if privacy rights have an instrumental justification in a democracy, because they can protect and promote the exercise of political rights, this is not the extent of their importance. Rather, privacy rights have a more intimate connection to the justification of political rights and to a conception of politics as the cooperative activity of free and equal individuals“ (Lever 2013, 88).

Privatheitsrechte sind dadurch, dass sie die Freiheit und Gleichheit von Individuen ermöglichen, eine zentrale Vorbedingung der Möglichkeit demokratischer Legitimität; zudem drücken sie auch symbolisch die Festlegung

demokratischer Gesellschaften auf die Freiheit des politischen Prozesses aus – beispielsweise, indem sie absichern, dass dieser Prozess durch freiwillige Teilnahme geprägt ist.

Trotz dieser engeren Verbindung zwischen Privatheit und Demokratie fallen auch in Levers Konzeption Privatheitsrechte klarerweise in die Kategorie der individuellen Freiheitsrechte, nicht der politischen Teilhaberechte (auch wenn sie eine Vorbedingung der Ausübung letzterer Rechte darstellen). Der politische Charakter der Privatheitsrechte ist nach diesem Argument nicht grundsätzlich verschieden vom politischen Charakter anderer subjektiver Freiheitsrechte.

Ein anderes Argument für einen politischen Wert von Privatheitsrechten, das auf einen direkten Zusammenhang zwischen Privatheit und Demokratie hinweist, lässt sich in den Verweisen Regans und Levers auf die zumindest implizite politische Theorie des Werts des Privaten bei John Stuart Mill finden. In *Über die Freiheit* beschreibt Mill die Existenz einer pluralistisch verfassten Öffentlichkeit nicht nur als wertvoll für diejenigen Individuen, denen die Verfügbarkeit einer spezifischen kollektiven Praxis es ermöglicht, ihre subjektiven Präferenzen hinsichtlich des guten Lebens zu verwirklichen, sondern schreibt ihr auch einen kollektiven Wert zu, da Pluralismus der Gesellschaft als ganzer erlaubt, den Wert verschiedener Optionen zu vergleichen und in einem experimentellen Lernprozess neue Möglichkeiten des Zusammenlebens zu entdecken (Mill [1859] 2014, 370). Öffentlicher Pluralismus ist nur dann möglich, so Mill, wenn diejenigen, die an solchen Experimenten beteiligt sind, zu einem gewissen Grade vor der Diktatur der öffentlichen Meinung und der Tradition geschützt sind – d. h. wenn sie dem Blick der Öffentlichkeit zu einem gewissen Grade entzogen sind. Der kollektive Wert des Pluralismus und der ihn ermöglichenden Privatheitsrechte, lässt sich in dieser Konzeption unabhängig von seinem Beitrag zur privaten Selbstverwirklichung individueller Bürgerinnen beschreiben.

Dies hat unmittelbar normative Konsequenzen: Dieses Argument zeigt, dass es nicht genug ist, eine Einschränkung von Privatheitsrechten (und damit der Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung) dadurch zu rechtfertigen, dass gezeigt wird, dass unter allen realistischen alternativen Szenarien die zu erwartenden Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung noch geringer sind (man könnte etwa an eine Situation denken, in der eine liberale Verfassungsordnung ernsthaft durch illiberale Gegner bedroht wird und eine Einschränkung von Privatheitsrechten unter Verweis auf die Notwendigkeit begründet wird, diese Bedrohung zu bekämpfen). Diese Rechtfertigung adressiert nämlich nicht das zusätzliche Problem, dass eine solche Einschränkung auch die

Lernfunktion demokratischer Öffentlichkeit unterminiert und damit potenziell illegitim ist.

Auch dieses Argument nimmt jedoch an, dass Privatheitsrechte zum einen lediglich instrumentellen Wert für die Demokratie haben, zum anderen, dass sie noch stets als negative Rückzugsrechte verstanden werden können. Damit Bürgerinnen in öffentlicher Deliberation verschiedene Lebensentwürfe vergleichen können, müssen diese erst einmal bestehen, und ihre Entstehung wird dadurch erleichtert, dass Experimente eben gerade nicht von Anfang an dem konventionalistischen Druck öffentlicher Aufmerksamkeit ausgesetzt sind. Auch hier ist der Zusammenhang zwischen Privatheit und Demokratie also noch stets ein negativer.

Ein drittes Argument für den politischen Wert des Privaten fokussiert nicht so sehr auf Privatheit als Vorbedingung für den Eintritt der Individuen in die kollektive Willensbildung, sondern auf die Notwendigkeit des Ausschlusses privater Informationen aus dem demokratischen Diskurs selbst. Eine Variante dieser Idee wird von Thomas Nagel formuliert, der die Notwendigkeit der Möglichkeit betont, bestimmte Aspekte des eigenen Lebens – paradigmatisch die sexuelle Intimsphäre – dem öffentlichen Diskurs entziehen zu können. Nagels Argument ist teilweise psychologisch: Wir könnten überhaupt nicht die Teilnahme an der Öffentlichkeit ertragen, wenn dieser Teil unseres Lebens permanent tatsächlich oder potenziell thematisch würde. Daher ist es nötig, Informationen über diese Lebensbereiche entweder tatsächlich dem Wissen anderer zu entziehen, oder zumindest die Fiktion aufrechtzuerhalten, dass solches Wissen nicht besteht.

Teilweise ist das Argument instrumentell: Der Charakter einer politischen Diskussion unter Gleichen würde beschädigt, wenn beispielsweise die sexuelle Anziehung zwischen Beteiligten thematisch würde. Teilweise ist Nagels Argument aber auch ein genuin politisches: Die für den Liberalismus kennzeichnende Idee der wechselseitigen Akzeptanz der privaten Entwürfe des Guten basiert auf einer Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Toleranz, d.h. zwischen dem Pluralismus von Lebensformen, die auf der Basis öffentlicher Deliberation als genuin erlaubt erachtet werden, und dem Pluralismus von Aspekten der Lebensführung, die der normativen Bewertung ganz entzogen werden, indem ihre öffentliche Thematisierung systematisch vermieden wird (Nagel 1998, 9).

Während die politische Fundierung von Nagels Argument etwas implizit bleibt, hat Dorota Mokrosinska kürzlich eine systematische Verbindung zwischen Privatheit als Exklusion aus dem öffentlichen Diskurs und der Idee des politischen Liberalismus gezogen (vgl. auch ihren Beitrag in diesem Band). Mokrosinskas

Argument besteht erstens darin, dass private Autonomie von politischer Autonomie abhängig ist. Dabei folgt sie der von John Rawls und Charles Larmore entwickelten Idee des politischen Liberalismus: Wir können nur dann als Individuen selbstbestimmt leben, wenn wir auch die politischen Regeln, denen unser Leben notwendigerweise unterworfen ist, als Ausdruck unserer Selbstbestimmung begreifen können.

In pluralistischen Gesellschaften ist die Idee einer Form von Selbstbestimmung, die es allen Teilnehmerinnen ermöglicht, sich als Autorinnen der kollektiven Entscheidungen zu begreifen zweitens nur dann möglich, wenn solche Entscheidungen auf der Basis öffentlicher Gründe gefällt werden, also von Gründen, die unabhängig von einer nicht-verallgemeinerbaren Vorstellung des guten Lebens sind. Öffentliche Rechtfertigung erfordert es also, dass bestimmte Begründungen – auch wenn sie von Teilnehmerinnen aus für sie selbst ausschlaggebend erachtet werden – aus dem politischen Diskurs gehalten werden. Dies führt schließlich in einem dritten Schritt zu einer politischen Begründung des Werts des Privaten:

„The commitment to public justification in politics rules out [...] certain personal information as an object of mutual scrutiny. [...] Insofar as this requires that individuals withhold certain personal material, I submit, political association based on public justification involves privacy arrangements. [...] Insofar as they prescribe that certain personal information be kept off the political domain and not be monitored, they are informational privacy arrangements. In other words, the material that public justification requires us to keep out of each other's faces is private for the purposes of political life. Privacy, understood as mutual restraint on access and self-disclosure, is the flip-side side of public justification“ (Mokrosinska 2017, 129–30).

Während dieses Argument tatsächlich eine Verpflichtung etabliert, dass liberale Gesellschaften hinsichtlich der privaten Lebensgestaltung von Bürgerinnen weitgehend Enthaltensamkeit zu üben haben, geht dieses Argument jedoch nicht weit genug, um tatsächlich ein Recht auf die epistemische Unzugänglichkeit des Privaten zu etablieren: Dafür, dass Bürgerinnen davon absehen, Informationen über die private Sphäre anderer in öffentlichen Diskursen zu thematisieren, ist es nicht nötig, dass sie darüber unwissend sind. Unabhängig von diesem Argument ist auch hier die Rolle von Privatheitsrechten deutlich eine negative: Der politische Diskurs selbst wird durch die Privatheitsrechte nicht ermöglicht oder befördert – sie schützen ihn nur vor dem Eindringen ungeeigneter Argumente. Wäre solch ein Schutz nicht nötig – etwa, weil die Bürgerinnen psychologisch gar nicht in der Lage wären, Interesse am Privatleben anderer aufzubringen, dann wären auch Privatheitsrechte nicht nötig.

Alle drei genannten Strategien billigen den Privatheitsrechten eine größere Rolle zu als nur den Rückzugsraum zu schützen, der nötig ist, damit es auch politische Aktivität geben kann. Vielmehr nehmen diese Argumente an, dass Privatheitsrechte politische Freiheit dadurch schützen, indem sie direkt ihre *strukturellen* Vorbedingungen garantieren – entweder durch die Absicherung der Gleichheit der Teilnehmerinnen, durch die Ermöglichung politischer Lernprozesse oder durch den Ausschluss nicht-öffentlicher Argumentation. Diese Argumente bleiben daher noch stets negativ: Privatheitsrechte sind notwendig für politische Freiheit, indem sie es Bürgerinnen ermöglichen, sich selbst oder bestimmte Informationen dem politischen Diskurs zu entziehen. Sobald die Notwendigkeit eines solchen Entzugs nicht besteht, besteht auch keine Verbindung zwischen Privatheit und Demokratie mehr.

4. Der Kontext der Öffentlichkeit

Die bisher genannten Argumente für eine Verbindung von Privatheitsrechten und Demokratie, die die Möglichkeit des Rückzugs aus demokratischen Diskursen in den Mittelpunkt stellen, sind durchaus überzeugend. Sie sind jedoch nicht Argumente dafür, dass Privatheitsrechte auch einen direkt politischen Wert besitzen, das heißt, dass Privatheitsrechte unmittelbar zum Gelingen wertvoller politischer Praktiken beitragen. Damit sind diese Argumente weniger gut geeignet, die weitverbreitete Intuition aufzugreifen, dass auch demokratische Prozesse selbst in ihrem Gelingen durch Privatheitsrechte abgesichert werden, die die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an politischen Institutionen vor Überwachung schützen.

Die relativ geringe Aufmerksamkeit, die die Rolle erhält, die Privatheit nicht nur *für* (im instrumentellen Sinn) die politische Öffentlichkeit, sondern auch *in ihr* spielen kann, lässt sich freilich dadurch erklären, dass oft angenommen wird, dass wir in Bezug auf das, was im öffentlichen Raum passiert, keine (im deskriptiven Sinn) „vernünftige Erwartung“ haben können, dass es unbeobachtet bleibt (Wilkins 1987), und dass wir insbesondere dann keine solche Erwartung (im normativen Sinn) haben können, wenn unser Verhalten darauf abzielt, öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten.

Bei näherem Hinsehen stellt sich diese Intuition jedoch als weniger deutlich heraus, als es scheint. Zunächst ergibt sich die Annahme, dass wir nicht vernünftigerweise erwarten können, dass unser öffentliches Verhalten Privatheit genießt, nur dann, wenn wir Privatheit im Sinne einer ‚access conception‘ (Gavison 2012) damit identifizieren, dass andere keinen epistemischen Zugang zu uns haben. Wenn wir jedoch plausiblerweise annehmen, dass Privatheit weniger ein Zustand

des Nicht-Beobachtetseins ist, als vielmehr eine Position, in der wir – durch Gesetze und soziale Konzeptionen unterbaut – die Macht haben, über die Verwendung und Verbreitung von Informationen zu entscheiden (die ‚control conception‘) (Inness 1996), dann lässt sich zeigen, dass wir auch für Verhalten, das im epistemischen Sinne öffentlich ist, durchaus Privatheit genießen können, wenn wir solche rechtlichen Kontrollbefugnisse haben.

Diese Möglichkeit der Ausdehnung von Privatheitsrechten auf den Bereich der Öffentlichkeit ist auch Teil gegenwärtiger Rechtsprechung auf europäischer Ebene. Während das Bundesverfassungsgericht zwar das Recht auf Privatsphäre außerhalb des eigenen Hauses unterstreicht, wurde diese Ausdehnung historisch auf Situationen der Abgeschiedenheit begrenzt, die per definitionem keinen politischen Charakter haben können (Bundesverfassungsgericht 1999). Diese Begrenzung wurde jedoch vom europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt, der unterstreicht, dass die Möglichkeit eines Privatlebens damit inkompatibel ist, dass Personen stets unter Beobachtung stehen, wenn sie den Zustand der Abgeschiedenheit verlassen (EGMR 2004, Abschn. 75,77). Auch diese Rechtsprechung geht jedoch immer noch davon aus, dass der Schutz von Privatheitsrechten sich zwar auf eine Öffentlichkeit im *epistemischen* Sinne erstreckt (also Situationen, in denen wir von anderen im Prinzip beobachtet werden können), aber nur solange besteht, wie das beobachtete Verhalten im *substantiellen Sinne* privat ist. Dies ergibt sich direkt aus der Ableitung der entsprechenden Beschränkungen aus dem Recht auf den Schutz der ‚privaten Lebenssphäre‘ der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Helen Nissenbaum hat überzeugend nachgewiesen, dass diese Konzeption eines Rechtes auf Privatheit im öffentlichen Raum noch stets unzureichend ist, weil sie noch stets auf dem Missverständnis beruht, es gäbe einen Bereich des Öffentlichen, in dem keine Privatheitsnormen gelten (Nissenbaum 1997, 213). Diese Annahme verhält sich spiegelbildlich zu der Annahme einer klar umgrenzten, unproblematischen Privatsphäre. Nissenbaum argumentiert, dass in unserer sozialen Praxis vielmehr in verschiedenen Sphären komplexe Konventionen und Intuitionen darüber bestehen, welche Informationen thematisiert werden können und in welcher Weise sie weiter gegeben werden können, ohne dass sich solche Sphären jemals ganz dem Ideal (oder der Dystopie) des völlig Privaten oder des völlig Öffentlichen annähern.

In Bezug auf die Frage nach Privatheitsrechten im öffentlichen Raum folgt aus ihrer Theorie, dass die Öffentlichkeit als eine Vielzahl von Kontexten beschrieben werden muss, in denen die grenzenlose Beobachtung und Weitergabe von Informationen über Verhalten in der (epistemischen) Öffentlichkeit jeweils durch spezifische soziale Normen, Konventionen und Intuitionen auf verschiedene Weise

beschränkt sind. Diese Konventionen und Intuitionen speisen sich aus einem Sinn dafür, dass auch öffentliches Verhalten stets Teil spezifischer sozialer Kontexte ist, die von jeweils eigenen Normen des Informationsflusses geprägt sind (Nissenbaum 2004, 2010). Es gibt daher weder ‚das‘ Private noch ‚das‘ Öffentliche, und eine Rechtsprechung und Gesetzgebung die auf dieser falschen Annahme beruht, gefährdet die Integrität der Vielzahl von sozialen Kontexten, in denen jeweils spezifische Öffentlichkeiten bestehen, die aber wiederum in ihrem Funktionieren auch durch spezifische informationelle Normen geschützt werden.

Nissenbaums Vorschlag dafür, die Begründung von Privatheitsrechten von substanzialistischen Vorstellungen von Privatheit und Öffentlichkeit loszulösen, scheint (und ist) attraktiv, wenn man verstehen möchte, was Privatheit zu politischer Öffentlichkeit beitragen kann. Auf dieser Basis lässt sich nämlich erst konsistent die Frage stellen, um *was* für eine Öffentlichkeit es sich bei politischer Öffentlichkeit handelt und welche informationellen Normen für sie maßgeblich sein sollten. Nissenbaum selbst schenkt jedoch politischen Öffentlichkeiten relativ wenig Aufmerksamkeit, weshalb ihre Theorie diesem Projekt lediglich als Grundlage dienen kann, die Frage selbst jedoch nicht beantwortet.

5. Demokratische Öffentlichkeit und Privatheit

Das Argument Nissenbaums, dass es ‚die‘ Öffentlichkeit nicht gibt, ist so überzeugend, dass im Folgenden eine spezifische Öffentlichkeit thematisiert werden soll, die in der Diskussion um Privatheitsrechte wie bereits beschrieben zwar oft im Hinblick auf ihre privaten Voraussetzungen befragt wird, bei der jedoch die Rolle von Rechten auf Nicht-Beobachtung oder Rechten auf Begrenzungen des Informationsflusses oft unberücksichtigt bleibt.

ich nehme im Folgenden mit deliberativen Demokratiemodellen an, dass das Gut, das die demokratische Öffentlichkeit – für die ich öffentliche Versammlungen, die Presse und Medien, politische und kulturelle Assoziationen und Verbände, Proteste, Demonstrationen und ähnliche Phänomene als paradigmatische Fälle ansehe – produziert, die demokratische, kollektive Willensbildung ist, die in modernen Gesellschaften die einzige mögliche Quelle für verbindliche Legitimität ist. Die Praktiken, die für solche Öffentlichkeiten kennzeichnend sind, sind paradigmatisch deliberative Praktiken, wobei ich diesen Begriff so weit wie möglich fassen will, dass nicht nur explizit argumentative Formen der Rede und der Diskussion, sondern auch die künstlerische Thematisierung oder die Erweiterung des Raums des deliberativ Zugänglichen durch Akte des zivilen Ungehorsams darunter fallen (Celikates 2015).

Zunächst scheint es natürlich so, dass Beiträge von Bürger_innen an die deliberativen Prozesse ihrer Gesellschaft keinen Schutz durch Privatheitsnormen genießen können. Durch solche Beiträge wird stets intentional die Öffentlichkeit adressiert, so dass ihre Urheber_innen scheinbar keinen Einwand gegen die Zurkenntnisnahme ihrer Sprechakte erheben können. Solange demokratische Öffentlichkeiten durch eine Norm der freiwilligen Partizipation geschützt sind, solange also niemand gezwungen wird, entsprechende Sprechakte zu vollziehen, ist die Teilnahme an solchen Öffentlichkeiten dadurch gekennzeichnet, dass die Teilnehmer_innen sich in ihnen intentional dafür entscheiden, aus den durch Privatheitsnormen geschützten Kontexten hervorzutreten und sich der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht nur zu stellen, sondern diese zumeist explizit auch zu suchen. In der demokratischen Öffentlichkeit scheint das Gehörtwerden durch andere also keineswegs eine Gefahr, sondern ein hart umkämpftes Gut zu sein.

Diese Intuition – die auch weitgehend die Rechtsprechung trägt – zeichnet sich jedoch durch ein unterkomplexes Verständnis von Öffentlichkeit aus, was schnell deutlich wird, wenn man die sich häufenden Fälle der Überwachung politischen Verhaltens durch staatliche und kommerzielle Akteure ins Auge fasst. Während Beiträge an demokratische Öffentlichkeiten zwar typischerweise intentional auf die Aufmerksamkeit anderer Bürger_innen zielen, denen zu diesem Zweck eine kommunikative Handlungsintention unterstellt wird, suchen politische Aktivist_innen und Aktivisten, wenn sie die Öffentlichkeit adressieren, keineswegs immer die Aufmerksamkeit staatlicher oder kommerzieller Strukturen, sondern vielmehr diejenige kommunikativ motivierter Mitbürger_innen. Besonders deutlich wird dies im Fall der Massenüberwachung politischer Meinungsäußerungen, bei der in der Bevölkerung deutliche Befürchtungen bestehen, dass sie das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeit untergraben können.

Im Folgenden will ich drei Argumente dafür skizzieren, dass Formen strategischer, staatlicher oder kommerzieller Überwachung fundamental das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeiten untergraben können und dass daher gute Gründe dafür bestehen, Privatheitsrechte auch für das Verhalten von Akteur_innen in solchen Öffentlichkeiten anzuerkennen – mit dem entscheidenden Unterschied zu den zuvor diskutierten Konzeptionen, dass sich diese Rechte nicht von den individuellen Freiheitsinteressen der Betroffenen, sondern vom kollektiven Recht auf Selbstbestimmung ableiten. Alle drei Argumente haben aus Sicht einer robusten Theorie der Privatheitsrechte zudem den Vorteil, dass sie auch Fälle erfassen, in denen die Überwachung den Überwachten nicht bekannt ist. Sie

beruhen daher nicht auf Annahmen über die psychologischen Folgen des Wissens um die eigene Überwachung.

Epistemisches Ungleichgewicht: Die legitimierende Funktion demokratischer Öffentlichkeiten speist sich aus der Vorstellung interner Gleichheit. Alle Teilnehmer_innen dürfen nicht nur Argumente vorbringen und Positionen begründen, sie müssen auch in die Lage versetzt werden, Argumente für ihre eigene Position entwickeln zu können. Diese unterstellte Gleichheit wird nicht nur dann tendenziell untergraben, wenn manchen Teilnehmer_innen Informationen über die zur Diskussion stehenden Sachverhalte vorenthalten werden. Sie wird auch dann untergraben, wenn Diskurse unter Bedingungen extremer epistemischer Ungleichheit stattfinden, wenn also manche Parteien Möglichkeiten des Wissenserwerbs haben, die anderen nicht zur Verfügung stehen. In Habermas' Theorie der demokratischen Öffentlichkeit werden epistemische Ungleichheiten vor allem hinsichtlich der Rolle von *Expert_innen* thematisiert, die am Diskurs teilnehmen (Chambers 2017, vgl.). Habermas erkennt an, dass epistemische Eliten einen positiven Beitrag liefern können, aber nur solange, als sie durch Feedbackmechanismen an eine responsive Zivilgesellschaft zurückgebunden sind (Habermas 2006), etwa durch journalistische Übersetzungsarbeit oder durch die Partizipation von Intellektuellen, die als kompetente Nicht-Experten, die Interessen der Allgemeinheit in Elitendiskursen vertreten.

Dieses Argument kann nicht ohne Weiteres auf Praktiken kommerzieller und staatlicher Überwachung angewandt werden, in denen die Akteure – beispielsweise Geheimdienste oder Verkaufsabteilungen von Internetkonzernen – nicht selbst am Diskurs teilnehmen. In diesen Fällen stellt sich zwar die traditionelle Frage, ob demokratische Öffentlichkeiten solche Institutionen noch ausreichend kontrollieren können, und ob Mechanismen zur Verfügung stehen, um effektive Rechenschaft von Expert_innen gegenüber der Öffentlichkeit zu ermöglichen (Holst und Molander 2017). Die bloße Existenz von Expert_innenwissen außerhalb des demokratischen Diskurses untergräbt nämlich nicht zwingend die Gleichheitsannahme im demokratischen Diskurs.

Dennoch lässt sich die Intuition verteidigen, dass eine Situation, in der der Staat oder Unternehmen ein lückenloses Bild von den Diskursbeiträgen von Bürger_innen haben, die tatsächlichen Teilnehmer_innen am Diskurs jedoch kein Wissen über das Bild haben, das solch eine Überwachung zeichnet, ein problematisches epistemisches Ungleichgewicht hervorruft. Auch wenn Bürger_innen noch stets untereinander epistemisch mehr oder minder gleich positioniert sind, findet der Diskurs doch in einer Situation statt, in der andere Parteien – selbst dann, wenn sie nicht am Diskurs teilnehmen – systematisch epistemisch privilegiert sind, was selbst

dann, wenn diese Informationen nicht strategisch verwendet werden, eine Form epistemischer Beherrschung (im republikanischen Sinne) darstellt.

Denn selbst wenn staatliche und kommerzielle Akteure die Informationen nicht verwenden, um in den Diskurs einzugreifen, so sind sie doch *in der Lage* dies zu tun, und Bürger_innen haben selbst nicht nur kein Wissen darüber, ob dies geschieht, sondern die Entscheidung, ob es geschieht, wird typischerweise auf Basis eben derjenigen Informationen getroffen werden, die den Bürger_innen nicht zur Verfügung stehen. Anders als traditionelle republikanische Argumente liegt bei diesem Argument der Fokus nicht auf dem Risiko willkürlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit, sondern auf dem Ungleichgewicht zwischen der epistemischen Zugänglichkeit des diskursiven Handelns (für diskursexterne Institutionen) und der epistemischen Zugänglichkeit des Überwachungshandelns (für Diskursteilnehmer_innen).¹ Aus diesem Argument ergeben sich Gründe dafür, auch in demokratischen Öffentlichkeiten Privatheitsnormen zu etablieren, die es den Bürger_innen erlauben, davon auszugehen, dass diskursexterne Instanzen nicht eine so große Menge von Informationen über sie sammeln können, dass sich ein problematisches Ungleichgewicht ergibt.

Suböffentlichkeiten und kollektive Autonomie: Ein zweites Argument für die Beschränkung von Informationserhebung stützt sich auf die Bedeutung kollektiver Autonomie für demokratische Beratschlagung. Der Grundgedanke dieses Arguments (Stahl 2016) ist, dass die Freiheit der öffentlichen Rede nicht nur durch direkte Blockade von Redehandlungen beschränkt wird, sondern auch dadurch beschränkt werden kann, dass Teilnehmer_innen der Öffentlichkeit die *Kontrolle über die Kontextbedingungen* verweigert wird, in denen sich Gruppen und kollektive Subjekte konstituieren können, und die die Bedeutung verschiedener Sprechakte entscheidend determinieren.

Was den ersten Punkt betrifft, ist weithin gegen Habermas‘ zunächst relativ homogenes Bild einer Öffentlichkeit schon bald eingewandt worden, dass gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, um sich überhaupt als Gruppen mit geteilten Interessen begreifen zu können, oftmals zunächst in diskursiven Räumen über ihre Selbstdefinition verständigen können müssen. Diese Räume müssen vorerst von umfassenderen gesellschaftlichen Öffentlichkeiten abgeschirmt sein, in denen die entsprechenden Identitäten noch nicht anerkannt sind (Fraser 1990). Ein überzeugendes Beispiel für diese Notwendigkeit ist die feministische Bewegung,

1 In (Verordnung EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG 2018, Erwägungsgrund 43) wird „Ungleichgewicht“ als Grund für die Unmöglichkeit freiwilliger Zustimmung zur Datenerhebung genannt, dort geht es aber um das Machtungleichgewicht zwischen Individuum und erhebender Institution zum Zeitpunkt der Datenerhebung, nicht um die Folgen.

deren Praktiken des *consciousness raising* fundamental auf der Möglichkeit beruhen, über die Definition von Erfahrungen in einem abgeschlossenen Kontext reflektieren zu können, bevor diese Erfahrungen dann in einem umfassenderen Kontext eingebracht werden.

Für eine funktionierende pluralistische Öffentlichkeit ist daher auch die Fähigkeit von Gruppen zentral, sich selbst in partiellen Öffentlichkeiten nach ihrer eigenen Interpretation ihrer Interessen zu organisieren. Mit anderen Worten: Sowohl die Regeln, die die Öffentlichkeit als ganze als auch jene, die Teilöffentlichkeiten organisieren, müssen von den Teilnehmer_innen als Ausdruck ihrer *kollektiven Autonomie* verstanden werden können.

Die Überwachung der Öffentlichkeit durch externe Akteure untergräbt diese Autonomie insofern, als sie den genuinen Teilnehmer_innen sowohl die Kontrolle über die Zusammensetzung der Öffentlichkeit entzieht (Überwachungsorgane erzwingen ihre eigene ‚Teilnahme‘), als auch den Charakter der Kommunikation verändert (Überwachungsorgane sind nicht den Kommunikationsregeln der Öffentlichkeit untergeordnet). Auf diese Weise wird die kollektive Autonomie unterminiert, die für die Legitimationswirkung öffentlicher Beratschlagung notwendig ist.

Kolonialisierung durch strategische Handlungsorientierungen: Der letztgenannte Punkt lässt sich auch produktiv mit Habermas‘ Analyse von Kolonialisierungsprozessen verknüpfen (Habermas 1995, 2:522). Habermas beschreibt diejenigen Prozesse als Kolonialisierung, durch die strategische Handlungsorientierungen in kommunikativ verfasste Kontexte einwandern und die Bindungskraft der Kommunikationsakte untergraben. Während Habermas in der *Theorie des kommunikativen Handelns* vor allem die institutionellen Aspekte von Kolonialisierungsprozessen in den Mittelpunkt stellt, findet sich in seinen anderen Schriften mit dem Begriff des „verdeckt strategischen Handelns“ jedoch ein handlungstheoretisches Äquivalent (Habermas 1984, 462): Wenn Teilnehmer_innen an einer Kommunikation nur *vorgeben*, die Voraussetzungen kommunikativen Handelns zu erfüllen – insbesondere die Verständigungsorientierung –, wenn sie diese Voraussetzungen *de facto* jedoch nicht erfüllen, untergräbt dies zumindest tendenziell die Bindungskraft der Kommunikationsprozesse, die auf diesen Voraussetzungen beruhen.

Habermas wendet diese Analyse freilich alleine auf Sprecher_innen an, deren Intentionen maßgeblich für die Analyse ihrer Teilnahme sind. Da sich Überwachungsmechanismen jedoch gewöhnlich nicht (oder zumindest nicht direkt) durch Interventionen in die Kommunikation auszeichnen, sondern durch passives ‚Hören‘, lässt sich seine Analyse wiederum nicht direkt anwenden.

Es lässt sich jedoch leicht zeigen, dass Kommunikationsprozesse in der Öffentlichkeit Verständigungsorientierung nicht nur bei den Sprecher_innen, sondern auch bei den Hörer_innen unterstellen. Im idealisierten Fall einer kommunikativen Situation richten Sprecher_innen ihre Beiträge danach aus, welche Argumente für ein kommunikativ orientiertes Publikum akzeptabel (im Sinne einer öffentlichen Vernunft) und überzeugend sind. Sie gehen dabei zusätzlich davon aus, dass die Kontextvoraussetzungen für die Produktion spezifischer Sprechakte – nämlich des Erhebens von Geltungsansprüchen – gegeben sind, dass also das Publikum ihre Äußerungen als solche Sprechakte aufnimmt.

Die Präsenz von Überwachung in Kontexten der Öffentlichkeit – man denke nur an Proteste oder Demonstrationen, aber auch entscheidend an Öffentlichkeiten in den sozialen Medien – verletzt diese Unterstellungen in zweierlei Hinsicht: *Objektiv* gesehen, führt sie dazu, dass zum Publikum ein neuer Teil hinzukommt, der die Sprechakte in anderer Weise aufnimmt. Staatliche und kommerzielle Überwachungssysteme interpretieren die Äußerungen von Diskursteilnehmer_innen nämlich nicht als Erhebung von Geltungsansprüchen, sondern behandeln sie als Evidenz für die Präferenzen und Überzeugungen der Sprecher_innen. Sie nehmen sie also nicht *als Argumente* auf.

In anderen Kontexten haben feministische Sprechakttheorien überzeugend nachgewiesen, dass eine solche verzerrende Aufnahme von Sprechakten durch ihr Publikum den Charakter des Gesagten selbst verändern kann und zu einer Beschränkung der Redefreiheit führt (Langton 1993; Kukla 2014). In anderen Worten: In der Präsenz von Überwachungsorganen wird es unmöglich, Geltungsansprüche zu erheben, ohne zugleich auch Aussagen über die eigenen mentalen Zustände zu machen, die als Information durch strategische Akteure verarbeitet werden. Dies führt, subjektiv gesehen, dazu, dass die Sprecher_innen rationalerweise damit rechnen müssen, dass ihre Äußerungen nicht nur Züge in einem kommunikativen Spiel sind, sondern auch in einem strategischen Spiel, dass sie also ihre eigene Machtposition in der Auseinandersetzung mit den Überwachungsinstitutionen verändern, die die so gewonnene Information in ihre eigenen Entscheidungen einfließen lassen.

Die viel diskutierten *chilling effects* dürfen in diesem Kontext nicht nur als Phänomen der individuellen Psychologie behandelt werden, sondern als Effekt einer Veränderung der Kommunikationssituation. Sekundär hat diese Umstellung den Effekt, dass auch das Publikum nicht mehr darauf vertrauen kann, dass die Äußerungen von Sprecher_innen alleine kommunikativ motiviert sind, sondern strategische Intentionen unterstellen müssen. Langfristig schafft die Präsenz von Überwachung also Gründe für die Teilnehmer_innen an der Öffentlichkeit, sich von

rein verständigungsorientierter Interaktion zu lösen. Damit untergräbt sie die Grundlage für die normativ bindende Kraft von Argumenten in der Öffentlichkeit und damit auch für deren Funktion in der Demokratie.

6. Zusammenfassung

Der Zusammenhang zwischen Privatheitsrechten und demokratischer Partizipation lässt sich auf drei Weisen begreifen: Man kann erstens von dem indirekten Beitrag ausgehen, den Privatheitsrechte dadurch liefern, dass sie individuelle Freiheit absichern, die politisch benutzt werden kann. Man kann zweitens von einem unabhängigen Beitrag ausgehen, den Privatheitsrechte jenseits der Absicherung individueller Partizipationsfreiheit liefern, indem sie entweder Pluralismus, zivile Toleranz oder die Trennung zwischen privaten Überzeugungen und politischer Vernunft aufrechterhalten; oder man kann drittens die Auffassung vertreten, dass Privatheitsrechte die konstitutiven Bedingungen politischer Öffentlichkeit dadurch sichern, dass sie diese Öffentlichkeit vor Machtformen schützen, die ihre Funktion untergraben. In dem Beitrag habe ich drei Argumente für die letzte Strategie vorgestellt.

Diese Strategie ist vor allem deshalb interessant, weil sie erstens den Respekt von Privatheitsrechten nicht nur als notwendiges Ziel legitimer politischer Macht versteht, sondern als Bestandteil der Legitimationsbedingungen dieser Macht. Wenn staatliche Autorität durch die Überwachung von politischer Öffentlichkeit deren Potenzial untergräbt, eben diese Autorität diskursiv zu legitimieren, dann untergräbt sie ihre eigenen Geltungsansprüche. Zweitens suggerieren andere Strategien stets, dass zwischen dem Schutz von Privatheitsrechten und anderen indirekten Voraussetzungen politischer Selbstbestimmung abgewogen werden muss. Wenn jedoch der Schutz von Privatheitsrechten eine unmittelbare Bedingung politischer Selbstbestimmung ist, dann kann keine Aufrechnung stattfinden.

Die Entwicklungen der Technologien der Massenüberwachung, die vermutlich noch in ihren Kinderschuhen stecken, stellen die dringende Frage nach den Grundlagen legitimer Regulierung. Die von mir entwickelten Argumente lassen vermuten, dass dabei der demokratische Wert von Privatheitsrechten, der sowohl in der philosophischen Debatte als auch in der Rechtsprechung bisher noch zu wenig Beachtung gefunden hat, eine zentrale Rolle einnehmen muss.

Bibliographie

1 Senat. 1999. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 15. Dezember 1999. Bundesverfassungsgericht.

- Benn, Stanley I. 1984. „Privacy, freedom, and respect for persons“. In *Philosophical Dimensions of Privacy*, herausgegeben von Ferdinand Schöeman, 223–44. Cambridge University Press.
<http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511625138.009>.
- Bruin, Boudewijn de. 2010. „The Liberal Value of Privacy“. *Law and Philosophy* 29 (5): 505–34. <https://doi.org/10.1007/s10982-010-9067-9>.
- Celikates, Robin. 2015. „Digital Publics, Digital Contestation: A New Structural Transformation of the Public Sphere?“ In *Transformations of Democracy: Crisis, Protest and Legitimation*, herausgegeben von Robin Celikates, Regina Kreide, und Tilo Wesche, 159–76. Rowman & Littlefield. [http://dare.uva.nl/personal/pure/en/publications/digital-publics-digital-contestation-a-new-structural-transformation-of-the-public-sphere\(25146fd8-4811-4522-967b-7æf7fd91019\).html](http://dare.uva.nl/personal/pure/en/publications/digital-publics-digital-contestation-a-new-structural-transformation-of-the-public-sphere(25146fd8-4811-4522-967b-7æf7fd91019).html).
- Chambers, Simone. 2017. „Balancing epistemic quality and equal participation in a system approach to deliberative democracy“. *Social Epistemology* 31 (3): 266–76.
<https://doi.org/10.1080/02691728.2017.1317867>.
- Cohen, Julie E. 2013. „What Privacy Is For“. *Harvard Law Review* 126 (7): 1904–33.
- Fraser, Nancy. 1990. „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“. *Social Text*, Nr. 25/26: 56–80. <https://doi.org/10.2307/466240>.
- Fried, Charles. 1968. „Privacy“. *The Yale Law Journal* 77 (3): 475–93.
<https://doi.org/10.2307/794941>.
- Gavison, Ruth E. 2012. „Privacy and the Limits of Law“. *The Yale Law Journal* 89 (3): 421–71. <https://doi.org/10.2307/795891>.
- Habermas, Jürgen. 1984. „Aspekte der Handlungsrationalität“. In *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*, 441–73. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- . 1994. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- . 1995. *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- . 2006. „Political Communication in Media Society: Does Democracy Still Enjoy an Epistemic Dimension? The Impact of Normative Theory on Empirical Research1“. *Communication Theory* 16 (4): 411–26. <https://doi.org/10.1111/j.1468-2885.2006.00280.x>.
- Holst, Cathrine, und Anders Molander. 2017. „Public deliberation and the fact of expertise: making experts accountable“. *Social Epistemology* 31 (3): 235–50. <https://doi.org/10.1080/02691728.2017.1317865>.
- Inness, Julie C. 1996. *Privacy, Intimacy and Isolation*. New York: Oxford University Press.
- Kukla, Rebecca. 2014. „Performative Force, Convention, and Discursive Injustice“. *Hypatia* 29 (2): 440–57. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2012.01316.x>.
- Langton, Ræ. 1993. „Speech Acts and Unspeakable Acts“. *Philosophy & Public Affairs* 22 (4): 293–330.
- Lever, Annabelle. 2013. *A Democratic Conception of Privacy*. Milton Keynes: AuthorHouse UK.
- Mill, John Stuart. (1859) 2014. „Über die Freiheit“. In *Freiheit, Fortschritt und die Aufgaben des Staates*, übersetzt von Angela Marciniak, III.1:303–440. Ausgewählte Werke. Hamburg: Murmann Verlag.

- Mokrosinska, Dorota. 2017. „Privacy and Autonomy: On Some Misconceptions Concerning the Political Dimensions of Privacy“. *Law and Philosophy*, Juni, 1–27. <https://doi.org/10.1007/s10982-017-9307-3>.
- Nagel, Thomas. 1998. „Concealment and Exposure“. *Philosophy and Public Affairs* 27 (1): 3–30.
- Nissenbaum, Helen. 1997. „Toward an Approach to Privacy in Public: Challenges of Information Technology“. *Ethics & Behavior* 7 (3): 207–19. https://doi.org/10.1207/s15327019eb0703_3.
- . 2004. „Privacy as contextual integrity“. *Washington law review* 79 (1): 101–39.
- . 2010. *Privacy in Context: Technology, Policy, and the Integrity of Social Life*. Stanford, CA: Stanford Law Books.
- Rachels, James. 1975. „Why Privacy is Important“. *Philosophy & Public Affairs* 4 (4): 323–33.
- Regan, Priscilla M. 1995. *Legislating Privacy Technology, Social Values, and Public Policy*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Roberts, Andrew. 2014. „A Republican Account of the Value of Privacy“. *European Journal of Political Theory*, Mai, 1–25. <https://doi.org/10.1177/1474885114533262>.
- Rössler, Beate. 2004. *The Value of Privacy*. Cambridge: Polity.
- Solove, Daniel J. 2008. *Understanding Privacy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Stahl, Titus. 2016. „Indiscriminate Mass Surveillance and the Public Sphere“. *Ethics and Information Technology*, März, 1–7. <https://doi.org/10.1007/s10676-016-9392-2>.
- Verordnung EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG*. 2018. 2016/679. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32016R0679&from=EN>.
- VON HANNOVER v. GERMANY. 2004. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte.
- Warren, Samuel D., und Louis D. Brandeis. 1890. „The Right to Privacy“. *Harvard Law Review* 4 (5): 193–220. <https://doi.org/10.2307/1321160>.
- Westin, Alan F. 1970. *Privacy and Freedom*. London: The Bodley Head Ltd.
- Wilkins, Richard G. 1987. „Defining the Reasonable Expectation of Privacy: An Emerging Tripartite Analysis“. *Vanderbilt Law Review* 40: 1077.